
1. Verfahrensbrief

(Information – Allgemeiner Teil)

für das Vergabeverfahren:

Stadt Gedern – Beschaffung von Objektplanungsleistungen für Freianlagen im Bereich „Wasserrückhalt und Renaturierung“

Offenes Verfahren nach § 119 Abs. 3 GWB, § 15 VgV

sowie nach Maßgabe des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes (HVTG)

Az.: 60171-26

Vergabeunterlagen vom 10.06.2026

A.	Allgemeines zum Vergabeverfahren und zu den Vergabeunterlagen	4
I.	Auftraggeber	4
1.	Auftraggeber der hier ausgeschriebenen Leistungen ist:.....	4
2.	Vergabestelle/Verfahrensbetreuer.....	4
II.	Kurzbeschreibung des Auftragsgegenstands und des Umfangs	4
III.	Lose	5
IV.	Ausführungsort	5
V.	Ausführungszeitraum	5
VI.	Rechtsschutz	5
1.	Zuständige Vergabekammer	5
2.	Rügeobliegenheiten und -fristen.....	5
3.	Nicht berücksichtigte Bieter	6
B.	Allgemeine Anforderungen an die Angebote	7
I.	Allgemeines	7
1.	Frist zur Einreichung der Angebote / Angebotsfrist.....	7
2.	Zuschlags- und Bindefrist	7
3.	Nebenangebote	7
4.	Umfang der Angebote.....	7
II.	Teilnahmebedingungen	8
1.	Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister	8
2.	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	8
3.	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit.....	9
4.	Beteiligung mehrerer Unternehmen	9
5.	Präqualifikation	9
III.	Besondere Bedingungen des Auftrags	9
C.	Zuschlagskriterien, Gewichtung und Wertungsformel	10
I.	Zuschlagskriterien	10
II.	Erläuterungen der Zuschlagskriterien	10
1.	Honorar	10
2.	Konzept zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung.....	10
III.	Bewertungsrahmen	11
IV.	Die Bewertung der Einzelkriterien erfolgt gemäß nachfolgender Maßgabe	11
1.	Honorar	11
2.	Bewertung der Güte und Qualität des Konzeptes zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung.....	12
D.	Besondere Vertragsbedingungen	12
E.	Allgemeine Hinweise.....	13
I.	Vergabeverfahrensart und -ablauf	13
II.	Kontaktstelle und Kommunikation	13
III.	Fragen zum Verfahren und den Vergabeunterlagen	13
1.	Hinweispflicht bei Unklarheiten oder Fehlern in den Vergabeunterlagen	13
2.	Frist für Bewerber-/Bieterfragen	14

	3. Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen und sonstigen Mitteilungen des Auftraggebers.....	14
IV.	Hinweise für Teilnehmer am Wettbewerb	14
	1. Zugelassene Sprachen.....	14
	2. Ausschlussgründe	14
	3. Keine Kostenerstattung	14
	4. Sicherstellung des Wettbewerbs	15
	5. Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten	15
	6. Geheimschutz – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse.....	17
	7. Formblätter des Auftraggebers	17
	8. Wahrung der Vertraulichkeit	17
	9. Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens	17
	10. Sonstiges	17
V.	Kooperationen bei Teilnahme an Vergabeverfahren	18
	1. Bewerber-/ Bietergemeinschaften	18
	2. Sogenannte Eignungsleihe.....	18
	3. Nachunternehmer / Unterauftragsvergabe	19

A. Allgemeines zum Vergabeverfahren und zu den Vergabeunterlagen

I. Auftraggeber

1. Auftraggeber der hier ausgeschriebenen Leistungen ist:

**STADT GEDERN
SCHLOSSBERG 7
63688 GEDERN
DEUTSCHLAND (DE)**

E-Mail: info@gedern.de
NUTS-Code: DE71E
Internet-Adresse: <https://www.gedern.de/>

2. Vergabestelle/Verfahrensbetreuer

**GÖRG PARTNERSCHAFT VON RECHTSAN-
WÄLTEN MBB
VERGABESTELLE
ULMENSTRASSE 30
60325 FRANKFURT AM MAIN
DEUTSCHLAND (DE)**

E-Mail: vergabestelle@goerg.de
NUTS-Code: DE 712
Internet-Adresse: www.goerg.de

II. Kurzbeschreibung des Auftragsgegenstands und des Umfangs

Bezeichnung: Stadt Gedern – Beschaffung von Objektplanungsleistungen für Freianlagen im Bereich „Wasserrückhalt und Renaturierung“

CPV-Code: 71000000-8 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen; 71222000-0 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen; 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros; 71400000-2 Stadtplanung und Landschaftsgestaltung; 71421000-5 Landschaftsgärtnerische Gestaltung

Die Stadt Gedern beabsichtigt die stufenweise Beschaffung von Objektplanungsleistungen für Freianlagen zur Renaturierung von Fließgewässern und zur Schaffung von Wasserrückhalteflächen, Anlage von Säumen und Hecken, Entsiegelung der Wasserführung eines Bachs sowie das Aufstellen von Bänken zum Verweilen an verschiedenen Maßnahmenorten (vgl. im Einzelnen Maßnahme 1.0, 2.1, 2.2, 3.0 und 6.0).

Ziel ist es, die Biodiversität zu steigern, die Umgebungsluft abzukühlen (u. a. durch Verdunstung von Wasser auf Retentionsflächen), die Grundwasserneubildung zu generieren und vor Starkregenereignissen zu schützen.

Dafür sollen einst begradigte Bachläufe renaturiert werden. Zur Verringerung der Fließgeschwindigkeit sollen mehrere Bachschleifen angelegt, Grabentaschen und Mulden geschaffen, Wasserbausteine und Totholz eingebaut werden. Am oberen Ende der Maßnahmen soll eine natürliche Verengung geschaffen werden, sodass sich bei höherem Wasserstand (über Mittelwasser) das neu geschaffene Biotopgewässer füllen kann. Das Gewässer soll eine Retentionseinrichtung erhalten. Diese gewährleistet eine temporäre Wasserrückhaltung von mehreren Hundert Kubikmetern pro Maßnahme. Der Wasserabfluss soll über mehrere Kaskaden mit kleineren Biotoptümpeln zurück in die Bäche verlaufen. Das Gewässerumfeld soll auf einer Fläche von mehreren Tausend

Quadratmetern naturnah gestaltet und aus der Bewirtschaftung genommen werden. Es sollen wertvolle Biotope zur Steigerung der Biodiversität entstehen. Die Anlagen sollen das Niederschlagswasser den umliegenden Kulturlächen zuführen, die Luftfeuchtigkeit erhöhen, lokal die Temperaturen absenken und den Hochwasserschutz verbessern.

Die Vergabe erfolgt stufenweise. Zunächst werden die Leistungsphasen 1 und 2 beauftragt; optional werden sodann die Leistungsphasen 3 und 4 (Beauftragungsstufe 2), 5 bis 7 (Beauftragungsstufe 3), 8 (Beauftragungsstufe 4), und 9 (Beauftragungsstufe 5) im Sinne von § 39 Abs. 4 HOAI) abgerufen. Ein Anspruch auf Beauftragung der optionalen Beauftragungsstufen besteht weder ganz noch teilweise.

Im Übrigen siehe Vergabeunterlagen, insbesondere Leistungsbeschreibung.

III. Lose

Die Leistung ist nicht in Lose aufgeteilt.

IV. Ausführungsort

Ausführungsort: D – Gedern
NUTS-Code: DE71E

V. Ausführungszeitraum

Der Leistungszeitraum beginnt unmittelbar nach Zuschlagserteilung.
Die Fertigstellung des gesamten Projektes ist spätestens für den 30.06.2029 geplant.

VI. Rechtsschutz

1. Zuständige Vergabekammer

Das Vergabeverfahren unterliegt gemäß § 155 GWB der Nachprüfung durch die nachfolgende zuständige Vergabekammer:

**Regierungspräsidium Darmstadt
Vergabekammer des Landes Hessen
Luisenplatz 2
64283 Darmstadt / Deutschland
Tel.: 06151 / 12-6603
Fax: 0611 / 327 648534**

2. Rügeobliegenheiten und -fristen

Gemäß § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden und
- mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3. Nicht berücksichtigte Bieter

Bieter unterliegen mit der Abgabe ihres Angebotes den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 134 GWB).

B. Allgemeine Anforderungen an die Angebote

I. Allgemeines

1. Frist zur Einreichung der Angebote / Angebotsfrist

Falls Sie bereit sind, ein Angebot abzugeben, werden Sie gebeten, diesen mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache und in elektronischer Form (min. Textform nach § 126b BGB) oder mit fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur bis spätestens

13.07.2026, 12:00 Uhr
(Angebotsfrist)

über das Vergabeportal einzureichen. Das gesamte Angebot sollte eine Größe von 50 MB nicht überschreiten. Eine postalische oder telefonische Abgabe oder eine Abgabe per Telefax oder E-Mail ist nicht zulässig.

Hinweis: Informationen zu den verwendeten elektronischen Mitteln, den technischen Parametern zur Einreichung elektronischer Angebote sowie zu verwendeten Verschlüsselungs- und Zeiterfassungsverfahren entnehmen Sie bitte den beim Vergabeportal hinterlegten Nutzungsbedingungen.

Es wird dringend empfohlen, die technischen Voraussetzungen und Kompatibilitäten zur Einreichung rechtzeitig vor Ablauf der vorgenannten Frist zu verifizieren, damit eine ordnungsgemäße und fristgemäße Übermittlung sichergestellt ist.

Angebote, die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, werden ausgeschlossen. Bis zum Ablauf der Angebotsfrist können Angebote zurückgezogen werden.

2. Zuschlags- und Bindefrist

Die Zuschlags- und Bindefrist läuft bis zum **31.08.2026**.

3. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

4. Umfang der Angebote

a) Anlagen, die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind

- ☒ Verfahrensbrief(e)

b) Anlagen, die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden

- ☒ Leistungsbeschreibung
- ☒ Besondere Vertragsbedingungen (Planervertrag nebst Anlagen)
- ☒ Alle übrigen Vergabeunterlagen, soweit nicht ausdrücklich benannt.

c) Anlagen, die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind

- ☒ Angebotsschreiben einschließlich der darin enthaltenen weiteren Formblätter
- ☒ Honorarblatt

- ☒ Konzeptionelle Darstellung zur Herangehensweise an die Auftragsausführung
- ☒ Bieter-Formblatt einschließlich der darin enthaltenen weiteren Formblätter
- ☒ Ggf. Anmerkungen zu den Besonderen Vertragsbedingungen (Planervertrag nebst Anlagen)
- ☒ Weitere geforderte Erklärungen, soweit einschlägig.

II. Teilnahmebedingungen

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

- (1) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB und/oder Darlegung von Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne des § 125 GWB.
- (2) Aussagekräftige Unternehmensdarstellung unter Angabe der Firma, Sitz, Gegenstand, Rechtsform, Geschäftsleitung des Unternehmens sowie einer kurzen Beschreibung des Tätigkeitsbereichs und der Benennung des Ansprechpartners für die Bewerbung.
- (3) Nachweis der Erlaubnis zur Berufsausübung je nach den Rechtsvorschriften des Staats, in dem der Bewerber niedergelassen ist, entweder durch die Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister dieses Staates oder durch sonstigen Nachweis über die erlaubte Berufsausübung.
- (4) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines „Bezuges zu Russland“ im Sinne des Art. 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren.
- (5) Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetzes vom 12. Juli 2021, GVBl. S. 338.

2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- (1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens (netto) in den letzten drei Geschäftsjahren.
- (2) Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens (netto) in den letzten drei Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind (hier: Freiraumplanung) unter Einschluss des Anteils von gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- (3) Nachweis einer Haftpflichtversicherung im Falle der Beauftragung mit einer Deckungssumme je Schadensereignis von mindestens 2 Mio. EUR für Personenschäden, 2 Mio. EUR für Sachschäden sowie 1 Mio. EUR für reine Vermögensschäden (jeweils 2-fach maximiert). Der Nachweis wird durch eine Bestätigung des Versicherers über das Bestehen der Versicherung mit den genannten Deckungssummen bereitgestellt. Ist das nicht der

Fall, hat der Bieter den Nachweis durch eine Bestätigung des Versicherers über die Bereitschaft, im Auftragsfall eine Versicherung mit den genannten Deckungssummen bereitzustellen, zu erfolgen.

3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- (1) Eigenerklärung zu einschlägigen Erfahrungen/Referenzen durch eine Auflistung der wesentlichen, innerhalb der letzten fünf Jahre sowie des laufenden Jahres erbrachten Leistungen, die mit den hier zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, unter Angabe folgender Informationen:

- Auftragswert und Baukosten,
- Art und Umfang der Leistung (Honorarzone, nachvollziehbare Beschreibung, Benennung der zu koordinierenden Planungsdisziplinen etc.),
- der maßgeblichen leistungserbringenden Personen (Projektleitung),
- Erbringungszeitpunkt,
- Erbringungsort,
- Auftraggeber sowie Ansprechpartner mit Telefonnummer.

Als vergleichbar werden insbesondere Erfahrungen mit der Durchführung von Projekten betrachtet, welche Planungsleistungen, insbesondere für Freiraumplanung im Bereich Wasserrückhalt und Renaturierung, oder andere Maßnahmen mit einem vergleichbaren Anforderungsprofil zum Gegenstand haben.

Der Auftraggeber behält sich vor, entsprechende Bescheinigungen des Referenzgebers ergänzend zum Nachweis der Ordnungsmäßigkeit der Leistungserbringung anzufordern.

- (2) Eigenerklärung zur Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren und dem laufenden Geschäftsjahr jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte.

4. Beteiligung mehrerer Unternehmen

- (1) Erklärung, welche Teile der Bieter beabsichtigt, an Nachunternehmer zu vergeben.
(2) Bei Bietergemeinschaften: Bietergemeinschaftserklärung.

5. Präqualifikation

Geforderte Eignungsnachweise, die in Form anerkannter Präqualifikationsnachweise vorliegen, werden zugelassen und anerkannt, wenn die Präqualifikationsnachweise in Form und Inhalt den geforderten Eignungsnachweisen entsprechen.

III. Besondere Bedingungen des Auftrags

Der Auftraggeber weist bereits jetzt darauf hin, dass die Bieter sowie deren Nachunternehmer und Verleihunternehmen, soweit diese bei Angebotsabgabe bekannt sind, nach Maßgabe dieses Verfahrensbriefs mit dem Angebot die erforderlichen Verpflichtungserklärungen zu Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der Vorgaben des HVTG vom 12. Juli 2021, GVBl. S.338, abzugeben haben.

C. Zuschlagskriterien, Gewichtung und Wertungsformel

I. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 Abs. 1 Satz 1 GWB i. V. m. § 58 Abs. 1 VgV auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Dabei kommen die nachfolgend aufgeführten Einzelkriterien mit folgender prozentualer Gewichtung zur Anwendung:

- Honorar (40 %)
- Güte und Qualität des Konzepts zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung (60 %).

II. Erläuterungen der Zuschlagskriterien

1. Honorar

Bewertet wird das vom Bieter angebotene Gesamthonorar, das sich aus der Summe der in den Honorarblättern ausgewiesenen Honorarbestandteile zusammensetzt. Das geringste angebotene Gesamthonorar erhält die beste Bewertung.

2. Konzept zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung

Der Bieter hat mit seinem Angebot ein aussagekräftiges Konzept zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung vorzulegen. Hierbei soll der Bieter insbesondere nachvollziehbar darlegen, wie

- er an die Koordination der Gesamtleistungen (LPH 1 bis 9 der HOAI) herangehen wird. Dazu hat er insbesondere darzustellen, welche Methodik für die Bearbeitung gewählt wird, welche einzelnen Bearbeitungsschritte mit den jeweiligen Aufgabenstellungen verbunden sind, sowie warum die gewählte Herangehensweise unter Bezugnahme spezifischer Projekterfahrungen für die Aufgabenstellung am besten geeignet ist. Dazu zählt auch die Darlegung, wie die Kosten ermittelt, die Kosten analysiert, kostenrelevante Veränderungen dokumentiert und erkannte Gefahren minimiert werden sollen. Ziel ist die Sicherstellung einer baulich, terminlich und kostenmäßig bestmöglichen strategischen Ausrichtung.
- er die von ihm eingesetzten Personen und Unternehmen organisiert und eine geordnete, stringente Kommunikation sowohl nach innen als auch nach außen (zum Auftraggeber, zu den bauausführenden Unternehmen und zu sonstigen Stakeholdern, z.B. Naturschutz- und Wasserbehörde) gewährleistet. Dazu hat der Bieter auszuführen, auf welche Art und Weise er mit den jeweiligen (Personen-)Gruppen kommunizieren und eine gleichbleibend qualitativ hochwertige Leistungserbringung sicherstellen will. Es ist insbesondere auch darauf einzugehen, wie eine möglichst reibungslose und/oder unmittelbare Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer möglich ist und wie sichergestellt ist, dass der Projekt- / Bauleiter regelmäßig erreichbar bzw. vor Ort ist. Ziel ist die Sicherstellung einer reibungslosen, unmittelbaren und stetigen Kommunikation während des Projektes.

- er sich möglichst zügig in die Planungsaufgabe und die Rahmenbedingungen des Projekts, insbesondere den Gegebenheiten vor Ort, einarbeiten und diese in eigener Verantwortung übernehmen wird, um die Dauer des Projekts möglichst kurz zu halten und den vorgesehenen Termin für die Fertigstellung einzuhalten. Dazu hat er einen umsetzbaren Terminplan (verbindlicher Rahmenterminplan i.S.d. § 2.1.3 des Planervertrags) in Form einer Zeit-
tafel über Beginn und Ende der einzelnen Leistungsphasen zu erstellen und einzureichen. Ebenso ist in diesem Zusammenhang darzustellen, wie etwaige personelle Kapazitätsengpässe (Krankheit, Urlaub, sonstiger Ausfall) aufgefangen und durch eine entsprechende Ablauforganisation im Projektteam eine kontinuierliche, terminorientierte Leistungserbringung sichergestellt werden soll. Der Bieter hat dem Angebot einen Rahmenterminplan beizulegen, der Gegenstand des Vertrags wird. Ziel ist die Sicherstellung einer zügigen und nahtlosen Ausführung der Leistungen nach Zuschlagserteilung.
- er während der Planung und Bauüberwachung Schäden an dem vorhandenen Baum-/Pflanzenbestand auf dem Gelände bzw. allgemein Beeinträchtigungen der Natur vermeidet bzw. möglichst geringhält. Ziel ist es, die Natur im größten Maße zu schützen und wasserrechtliche, naturschutzrechtliche und umweltrechtliche Belange zu berücksichtigen, ggf. entsprechende Auflagen zu beachten und erforderliche Genehmigungen einzuholen.

III. Bewertungsrahmen

Zuschlagskriterium	Gewichtung (%)	(Max.) Punktezahl Einzelkriterium	Produkt Gew. x Punkte (in Klammer: erzielte Punktezahl)
Honorar	40 %	100	(40 Punkte)
Bewertung des Konzepts zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung	60 %	100	(60 Punkte)
SUMME:	100 %		(100 Punkte)

Die Tabelle verdeutlicht den Rechengang der Wertung. Maximal werden je Einzelkriterium 100 Punkte vergeben, die dann mit der Gewichtung multipliziert werden. Somit errechnet sich die Punktezahl für das konkrete Angebot auf der Ebene der Einzelkriterien. Aufsummiert ergibt sich die Gesamtpunktzahl für das Angebot (maximal 100 Punkte). Das Angebot des Bieters mit der höchsten Punktzahl nach den bekannt gemachten Kriterien stellt das wirtschaftlich günstigste Angebot dar.

IV. Die Bewertung der Einzelkriterien erfolgt gemäß nachfolgender Maßgabe

1. Honorar

Der Bieter mit dem geringsten angebotenen Gesamthonorar erhält 100 Punkte, die in die vorstehende Tabelle unter Ziffer III. Spalte 3 (Punktezahl Einzelkriterium) übertragen werden. Aus dem

Produkt Punktezahl Einzelkriterium × Gewichtung des Wertungskriteriums folgt die nach Maßgabe der vorstehenden Tabelle unter Ziffer III. Spalte 4 für das Kriterium erzielte Punktezahl. Angebote, die das günstigste Angebot um das 1,5-fache übersteigen, erhalten 0 Punkte. Zwischenwerte werden interpoliert.

$$\text{Punktzahl}_{\text{Angebot}} = 100 + \frac{(\text{Preis}_{\text{Angebot}} - \text{Preis}_{\text{günstigstes Angebot}}) * (-100)}{(\text{Preis}_{\text{günstigstes Angebot}} * 1,5) - \text{Preis}_{\text{günstigstes Angebot}}}$$

Die so ermittelte Punktzahl wird kaufmännisch auf eine volle Punktzahl gerundet und in die vorstehende Tabelle unter Ziffer III. Spalte 3 (Punktezahl Einzelkriterium) übertragen. Aus dem Produkt Punktezahl Einzelkriterium × Gewichtung des Wertungskriteriums folgt die nach Maßgabe der vorstehenden Tabelle unter Ziffer III. Spalte 4 für das Kriterium erzielte Punktezahl.

2. **Bewertung der Güte und Qualität des Konzeptes zur Herangehensweise an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung**

Die Güte und Qualität der konzeptionellen Herangehensweise an die an die methodische, terminliche und personelle Auftragsausführung wird mit folgenden Punktnoten bewertet, wobei der Auftraggeber nach konkreter Sachlage auch halbe Punkte vergeben werden kann (z. B. 1,5 Punkte):

0 Punkte:	das Konzept erfüllt nicht einmal die Anforderungen, die eine Bewertung mit 1 Punkt rechtfertigen würden
1 Punkt:	aus Sicht des Auftraggebers werden die Anforderungen des Auftraggebers nicht ausreichend erfüllt
2 Punkte:	aus Sicht des Auftraggebers werden die Anforderungen des Auftraggebers ausreichend erfüllt
3 Punkte:	aus Sicht des Auftraggebers werden die Anforderungen des Auftraggebers befriedigend erfüllt
4 Punkte:	aus Sicht des Auftraggebers werden die Anforderungen des Auftraggebers gut erfüllt
5 Punkte:	aus Sicht des Auftraggebers werden die Anforderungen des Auftraggebers sehr gut erfüllt

Maximal können pro Kriterium fünf Punkte erzielt werden. Diese werden mit dem Faktor 20 multipliziert (= max. 100 Punkte) und dann in die Tabelle unter Ziffer II., in die jeweilige Spalte 3 (Punktezahl Einzelkriterium) übertragen. Aus dem Produkt Punktezahl Einzelkriterium × Gewichtung des Wertungskriteriums folgt die nach Maßgabe der Tabelle unter Ziffer II., Spalte 4 für das jeweilige Kriterium erzielte Punktezahl.

D. **Besondere Vertragsbedingungen**

Das Angebot ist auf Grundlage der Besonderen Vertragsbedingungen (Planervertrag nebst Anlagen) zu erstellen, soweit sich aus den Vergabeunterlagen nichts anderes ergibt.

Ergänzungen der besonderen Vertragsbedingungen durch den Bieter sind mit Angebotsabgabe auf jeweils gesonderter Anlage dort erforderlich, wo dies ausdrücklich in den besonderen Vertragsbedingungen bezeichnet ist. Hält der Bieter einzelne vertragliche Bedingungen aus rechtli-

chen, wirtschaftlichen oder tatsächlichen Gründen für nicht realisierbar, so wird ebenfalls um einen entsprechenden Hinweis sowie ggf. prüffähigen Klauselvorschlag rechtzeitig vor Angebotsabgabe gebeten. Der Auftraggeber wird diese Hinweise prüfen und ggf. vor Angebotsabgabe eine Anpassung der vertraglichen Bedingungen vornehmen.

Mit seinem Angebot erkennt der Bieter die besonderen Vertragsbedingungen in der von ihm eingereichten Fassung an.

E. Allgemeine Hinweise

I. Vergabeverfahrensart und -ablauf

Das vorliegende Vergabeverfahren wird in der Verfahrensart „Offenes Verfahren“ nach § 119 Abs. 3 GWB, § 15 VgV geführt. Das offene Verfahren ist ein Verfahren, in dem der öffentliche Auftraggeber eine unbeschränkte Anzahl von Unternehmen öffentlich zur Abgabe von Angeboten auffordert (§ 119 Abs. 3 GWB). Es ist ein einstufiges Vergabeverfahren für Aufträge, deren geschätzter Auftragswert oberhalb der EU-Schwellenwerte liegt.

Nach Ablauf der Angebotsfrist werden sämtliche eingegangenen Angebote geprüft und gewertet. Auf dieser Grundlage trifft der Auftraggeber seine Zuschlagsentscheidung. Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden, werden nach § 134 Abs. 1 GWB darüber informiert. Die Zuschlagserteilung erfolgt nach Ablauf der Wartefrist nach § 134 Abs. 2 GWB auf das wirtschaftlichste Angebot (§ 127 Abs. 1 Satz 1 GWB).

II. Kontaktstelle und Kommunikation

Die administrative Durchführung des Vergabeverfahrens wird von der **GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB (Verfahrensbetreuer)** wahrgenommen.

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bewerbern/Bietern, etwa bei Bewerber-/Bieterfragen und deren Beantwortung, wird im gesamten Verfahren **ausschließlich** über das vom Auftraggeber eingesetzte Vergabeportal (**Deutsches Vergabeportal – DTVP**) geführt.

Damit der Auftraggeber mit den Bewerbern/Bietern in optimaler Weise kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, dass sich diese – soweit nicht bereits geschehen – auf der Vergabeplattform <https://www.dtv.de/> freiwillig und kostenlos registrieren.

Ohne eine solche Registrierung kann der Auftraggeber die nicht registrierten Bieter über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen zu informieren.

III. Fragen zum Verfahren und den Vergabeunterlagen

1. Hinweispflicht bei Unklarheiten oder Fehlern in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten oder Fehler, so hat er den Auftraggeber unverzüglich und vor Ablauf der jeweiligen Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags/Angebotes über das Vergabeportal darauf hinzuweisen.

2. Frist für Bewerber-/Bieterfragen

Etwaige Bewerber-/Bieterfragen sind über das Vergabeportal bis spätestens sechs Tage vor Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist (Teilnahmefrist/Angebotsfrist) an die Vergabestelle zu richten. Telefonische oder direkt mündlich gestellte Fragen sind nicht zulässig und werden nicht beantwortet.

3. Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen und sonstigen Mitteilungen des Auftraggebers

Fragen der Bewerber-/Bieter und die zugehörigen Antworten der Vergabestelle werden, soweit diese für das Wettbewerbsfeld von Interesse sind, einheitlich und gleichzeitig allen Bewerber-/Bieter durch Bieterfragen-/Antwortenkataloge in anonymisierter Form durch ein entsprechendes Hochladen auf das Vergabeportal zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für sonstige Mitteilungen des Auftraggebers (z. B. Änderung der Vergabeunterlagen oder sonstige Hinweise).

Der Auftraggeber behält sich eine Optimierung/Ergänzung der Vergabeunterlagen ausdrücklich vor, wenn und soweit sich dies nach dem Fortgang des weiteren Verfahrens, insbesondere im Falle von Verhandlungen – soweit zulässig – und/oder auf Grund von Hinweisen und Fragen der Bewerber/Bieter als zweckmäßig oder als geboten erweist.

IV. Hinweise für Teilnehmer am Wettbewerb

1. Zugelassene Sprachen

Die Verfahrenssprache ist deutsch. Die gesamte Kommunikation (einschl. der Teilnahmeanträge/Angebote) mit dem Auftraggeber ist in deutscher Sprache zu führen.

Für Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache gefasst sind (z. B. Bescheinigungen ausländischer Behörden), sind neben Kopien der fremdsprachigen Originale auch beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

2. Ausschlussgründe

Von der Wertung ausgeschlossen werden nach § 57 Abs. 1, 3 VgV Angebote und/oder Teilnahmeanträge von Unternehmen, die die Eignungskriterien nicht erfüllen, und Angebote und/oder Teilnahmeanträge, die nicht den Erfordernissen des § 53 VgV entsprechen, insbesondere:

- (1) Angebote/Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- (2) Angebote/Teilnahmeanträge, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- (3) Angebote/Teilnahmeanträge, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- (4) Angebote/Teilnahmeanträge, bei denen Änderungen oder Eintragungen an den Vergabeunterlagen vorgenommen worden sind,
- (5) Angebote, die nicht die geforderten Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreis den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen,
- (6) nicht zugelassene Nebenangebote.

3. Keine Kostenerstattung

Für die Bearbeitung und Erstellung der Teilnahmeanträge und/oder Angebote werden den Bietern etwaig entstehende Kosten nicht erstattet.

4. Sicherstellung des Wettbewerbs

Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen. Teilnahmeanträge von Bewerbern/Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Die Bieter haben insbesondere zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht durch eine Mehrfachbeteiligung unzulässig beeinflusst wird. Bei Vorliegen von Zweifeln wird der Auftraggeber von den Bietern den Nachweis verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist. Kann ein Bieter diesen Nachweis nicht erbringen, kann dies zum Ausschluss aus dem Vergabeverfahren führen. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des GWB freigestellt. Die Voraussetzungen können in §§ 2, 3 GWB nachgelesen werden. Eine entsprechende Erklärung ist abzugeben.

5. Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Rahmen des Vergabeverfahrens erbetene personenbezogene Daten werden hierfür gespeichert und verarbeitet.

Der Bewerber/Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten an den Auftraggeber und die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bewerber/Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an den Auftraggeber und die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Einwilligung der betroffenen Personen einzuholen.

Soweit die Vergabestelle im Rahmen der administrativen Durchführung des Vergabeverfahrens personenbezogene Daten verarbeitet, gelten folgende Datenschutzhinweise, welche die Bewerber/Bieter den jeweils betroffenen Personen zur Kenntnis bringen:

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Kennedyplatz 2, 50679 Köln, Telefon 0221-33660-0, Telefax 0221-33660-80. Der Datenschutzbeauftragte der Vergabestelle ist wie folgt erreichbar: GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Datenschutzbeauftragter, Kennedyplatz 2, 50679 Köln, E-Mail: dsb@goerg.de.

Im Rahmen der Durchführung des Vergabeverfahrens verarbeitet die Vergabestelle personenbezogene Daten von Beschäftigten der Bewerber/Bieter. Dabei werden folgende Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet:

- Namen und Kontaktdaten (insbesondere Vor- und Nachname der zuständigen Ansprechpersonen, E-Mailadresse und Telefonnummer)
- Daten zur Überprüfung der Bietereignung (insbesondere Daten zur Überprüfung von Referenzen und der Qualifikationen von Ansprechpersonen)

Die Datenverarbeitung erfolgt ausschließlich zum Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO.

Im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitete personenbezogene Daten werden an folgende Empfänger weitergegeben bzw. können an diese weitergegeben werden:

- Auftraggeber
- Betreiber der Vergabepattform
- Vergabekammer/Gerichte

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeiteten personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf etwaiger Aufbewahrungsfristen gespeichert und danach gelöscht. Als Regel gilt eine Frist von sechs Jahren nach Ende des Jahres, in dem das Vergabeverfahren abgeschlossen wurde.

Betroffene haben das Recht,

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über ihre von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere kann Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei der Vergabestelle erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangt werden;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung ihrer bei der Vergabestelle gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung der bei der Vergabestelle gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung von personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Betroffene aber deren Löschung ablehnen und die Vergabestelle die Daten nicht mehr benötigt, Betroffene jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Betroffene gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO ihre personenbezogenen Daten, die sie der Vergabestelle bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- sich gemäß Art. 77 DSGVO bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. Betroffene können sich hierfür an die Aufsichtsbehörde ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder des Sitzes der Vergabestelle wenden.

Sofern personenbezogene Daten auf Grundlage eines berechtigten Interesses gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO verarbeitet werden, haben Betroffene das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Betroffene von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an: datenschutz@goerg.de.

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass er sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, Rechtsberater, ggf. externe Fachberater) bedient und gegebenenfalls die an die Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt. Diesbezügliche Einzelheiten ergeben sich aus den Datenschutzinformationen des Auftraggebers (abrufbar unter <https://www.gedern.de/seite/356517/datenschutz.html>).

6. Geheimschutz – Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Die Bieter müssen in ihren Angeboten diejenigen Stellen bezeichnen oder markieren, die dem Geheimschutz im Sinne des § 165 Abs. 2 GWB unterfallen.

7. Formblätter des Auftraggebers

Es sind – soweit nicht in den Vergabeunterlagen etwas Abweichendes geregelt ist – ausschließlich diejenigen Formblätter zu verwenden, welche den Vergabeunterlagen beigelegt sind.

8. Wahrung der Vertraulichkeit

Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrages/Angebotes verpflichtet sich der Bewerber/Bieter zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen und Unterlagen. Sie dürfen nur zur Erstellung des Teilnahmeantrags/Angebotes verwendet werden. Jede Veröffentlichung und jede nicht durch den vorgenannten Verwendungszweck gedeckte Weitergabe an Berater und Unterauftragnehmer – auch auszugsweise – sowie jede Nutzung für andere Zwecke sind ohne die ausdrückliche schriftliche vorherige Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet.

Davon ausgenommen sind lediglich Berater und Unterauftragnehmer der Bewerber/Bieter, wenn diese nachweislich zur Wahrung der Vertraulichkeit in derselben Weise und demselben Umfang verpflichtet worden sind.

Bewerber/Bieter dürfen Veröffentlichungen über das Vorhaben oder Teile davon sowie über weitere Informationen, welche ihnen im Rahmen des Vergabeverfahrens bekannt werden, nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.

9. Etwaige Aufhebung des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber ist zur rechtmäßigen Aufhebung berechtigt, wenn die in § 63 Abs. 1 VgV genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Der Auftraggeber ist insbesondere berechtigt, das Vergabeverfahren ganz oder teilweise aufzuheben, wenn kein wirtschaftliches Ergebnis erzielt wurde (vgl. § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

10. Sonstiges

Sofern in diesem Vergabeverfahren Bezug genommen wird auf nationale Normen, Spezifikationen und Gütezeichen, verstehen diese sich in der Weise, dass auch „oder gleichwertig“ angeboten werden kann, wobei diese Gleichwertigkeit vom Bieter bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nachzuweisen ist.

Ergänzend zu den Vergabeunterlagen gelten die deutschen Rechtsvorschriften.

Bewerber aus anderen EU-Mitgliedsstaaten haben die besonderen umsatzsteuerrechtlichen Regelungen für den innergemeinschaftlichen Erwerb zu beachten.

V. Kooperationen bei Teilnahme an Vergabeverfahren

1. Bewerber-/ Bietergemeinschaften

Bewerber-/Bietergemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag/Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Sofern nicht im offenen Verfahren/öffentliche Ausschreibung ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeführten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

Ein Wechsel der Mitglieder einer Bietergemeinschaft ist dem Auftraggeber zuvor schriftlich anzuzeigen und nur mit dessen ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung möglich. Auf Grund der restriktiven Tendenz der vergaberechtlichen Rechtsprechung kann der Bieter im Regelfall nicht mit der Erteilung der Zustimmung rechnen.

Mehrfachbewerbungen von Unternehmen, z. B. als Einzelbewerber und als Mitglied einer Bietergemeinschaft sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.

Erforderliche Rechtsform bei Auftragserteilung: Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform mit federführendem und bevollmächtigtem Mitglied und gesamtschuldnerischer Haftung der Mitglieder.

2. Sogenannte Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bewerber/Bieter, sich im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen (Entleiher) zu bedienen, so muss er die dafür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten im offenen Verfahren mit dem Angebot und im Übrigen im Teilnahmeantrag benennen. Der Bewerber/Bieter hat nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen nach Maßgabe der Vorgaben des Vergabeverfahrens geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bewerber/Bieter im Rahmen einer Eignungsleihe hinsichtlich der Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die entsprechende Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung abzugeben.

Für den Austausch von benannten Entleihern gelten im laufenden Vergabeverfahren die Maßgaben zum Wechsel der Mitglieder einer Bietergemeinschaft sinngemäß.

3. Nachunternehmer / Unterauftragsvergabe

Art und Umfang etwaiger Nachunternehmerleistungen sind spätestens mit dem Angebot anzugeben. Falls zumutbar sind die vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen.

Vor Zuschlagserteilung kann der öffentliche Auftraggeber von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

Für Unterauftragnehmer aller Stufen gilt § 128 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Der öffentliche Auftraggeber überprüft vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des Unterauftragnehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt der öffentliche Auftraggeber die Ersetzung des Unterauftragnehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann der öffentliche Auftraggeber verlangen, dass dieser ersetzt wird. Der öffentliche Auftraggeber kann dem Bewerber oder Bieter dafür eine Frist setzen.

* * *